

Antrag an die 2. Tagung des 1. Landesparteitages
der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Die LINKE in Sachsen-Anhalt

Konzept für eine politisch handlungsfähige und finanzierbare Struktur bis 2013

1. Vorbemerkungen

Mit dem Beschluss der 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt am 18. und 19. Juni 2005 in Wittenberg haben wir erstmals ein Konzept für die mittelfristige Entwicklung des Landesverbandes vorgelegt. Grundsätzlich ist vieles davon heute noch aktuell. Der Prozess der Parteineubildung und reale Entwicklungen im Landesverband erfordern aber Präzisierungen und Korrekturen.

2. Mitgliederentwicklung

Per 31.12.2007 sind 5.760 zahlende Mitglieder registriert. Mit dem Status Mitglied sind jedoch 6.286 erfasst. Der Frauenanteil beträgt dabei 46 %. Damit liegen wir noch deutlich über der Prognose aus dem Jahr 2004, aber nicht als Folge eines hohen Zulaufs, sondern eines weiteren Anwachsens des Altersdurchschnitts im Landesverband.

88 neue Mitglieder haben seit dem 01.01.2008 den Weg in die Partei gefunden, darunter nur 26 Frauen (29,5 %). Die „Neuen“ vertreten alle Altersgruppen, d.h. sie befinden sich im Alter von 14 bis 80 Jahren, ca. 50 % sind erwerbslos. Die Spanne der monatlichen Beiträge liegt zwischen 1,50 € und 50 €. Insbesondere in Wahlkämpfen finden immer wieder Interessenten zu uns, die es zu binden und langfristig zu halten gilt. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass durch ungenügende Vorbereitung mindestens 20 Interessierte aus unterschiedlichen Gründen nicht erreicht wurden.

Bewährt hat sich die konkrete Verantwortlichkeit im Land und in den Kreisen und die damit verbundene projektbezogene Arbeit mit den „Neuen“. Selbstkritisch müssen wir aber einschätzen, dass die insbesondere in den Jahren nach 2002 entwickelten Ansätze für neue Organisationsformen unterentwickelt sind. Nach wie vor beharren viele von uns auf dem alleinigen Modell der Basisorganisationen. Einerseits gibt es sie nicht mehr flächendeckend, andererseits können sie nicht alle inhaltlichen Aufgaben der Partei wegtragen. Dadurch verlieren wir nicht nur in der Fläche, sondern auch an Ausstrahlung und Kompetenz. Um dem entgegenzuwirken, müssen wir andere Formen der Organisation von Mitgliedern gleichberechtigt ausbauen. Eine interessenbezogene Mitgliedschaft bietet auch denjenigen, die sich aus unterschiedlichen Gründen in den Basisorganisationen kaum betätigen können, mehr Möglichkeiten einer effektiven Teilhabe am Parteileben.

Problematisch ist der Trend der Neueintritte in zweierlei Hinsicht. Zum ersten ist der Schwerpunkt bei Erwerbslosen ein Indiz dafür, dass wir mit unserer Ansprache in diesem Bereich auf besondere Resonanz stoßen. Eine starke Linke darf aber auch die anderen Gruppen der Gesellschaft nicht vernachlässigen um deren Potenzial für die Partei zu erschließen. Gelingt uns das nicht, schwindet die Kompetenz in einer Reihe von programmatischen und gesellschaftlichen Fragen.

Zum zweiten ist die niedrige Frauenquote Ausweis dafür, dass wir hinsichtlich der inhaltlichen und kulturellen Ausstrahlung für Frauen offenbar wenig attraktiv sind, zumal die Mehrheit der Neueintritte bei Frauen nicht aus dem Bereich der Erwerbslosen kommt. Die Antwort darauf kann nicht die Entwicklung einer weiblichen Parallelstruktur (Frauenbildung, Unternehmerinnenstammtische usw.) sein, sondern die Entwicklung der Teilhabe von Frauen an programmatischer und inhaltlicher Arbeit bis hin zu verstärkter Arbeit mit Frauen bei kommunalen Kandidaturen. Keinesfalls können wir die Quotierung in Frage stellen. Sie ist nicht das Allheilmittel, aber ohne sie fehlt der Druck auf die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten von Frauen im politischen Alltag.

Wir sind und bleiben Volkspartei. Unser Angebot muss sich an alle richten, die sich mit dem neoliberalen Umbau der Gesellschaft nicht abfinden wollen und bereit sind, sich an der Entwicklung demokratischer Alternativen und deren Umsetzung zu beteiligen. Dazu müssen wir uns öffentlich bei Veranstaltungen und in Kampagnen, aber auch im ersten Bild für Interessierte und „Neue“ als eine moderne Partei mit einer programmatischen Ausstrahlung und einer Diskussions- und Arbeitskultur präsentieren, die werbend und anziehend ist.

3. Personalentwicklung

Die knapper werdenden personellen Ressourcen stellen höhere Anforderungen an die Personalentwicklung im Landesverband. Wir müssen hauptamtliches Personal qualifizieren, das Ehrenamt weiterentwickeln, aber eben auch KandidatInnen für die parlamentarischen Vertretungen auf allen Ebenen werben und qualifizieren. Eine mittel- und langfristige Personalarbeit muss zum Standard im Landesverband werden.

Personalplanung auf allen Ebenen

Über Jahre wird in der Gesamtpartei und auch in Sachsen-Anhalt beklagt und festgestellt, dass für bestimmte Funktionen es immer schwieriger wird, geeignetes Personal zu finden. Durch die zunehmende Akzeptanz der Partei DIE LINKE werden zukünftig auch mehr Personen gefragt sein, die in der Lage sind, bei herausgehobenen Personenwahlen eine glaubhafte Alternative zu sein oder Wahlmandate (Dezernent u.ä.) auszuüben. In der Regel wird nach Wahlen die Schlussfolgerung gezogen, früher mit der Suche nach geeigneten Kandidaten zu beginnen und Personen zu qualifizieren. Dies erfolgte in der Vergangenheit nur sporadisch oder fand gar nicht statt. Die Landespartei und die Kreisverbände müssen sich dieser Aufgabenstellung konsequent stellen. Dabei ist es notwendig, auf allen Ebenen eine Analyse des mittelfristigen Personalbedarfs zu erstellen und zielgerichtet Personen für Funktionen zu qualifizieren. Die begonnene Vernetzung der Verantwortlichen für politische Bildungsarbeit mit den Bildungsträgern ist dazu ein erster Schritt auch Bildungsangebote zu entwickeln. Es obliegt der politischen Verantwortung der Vorstände aller Ebenen diese Fragen regelmäßig zu behandeln. Auch hier gilt, hauptamtliche und ehrenamtliche Aktive ständig zu qualifizieren. Grundsätzlich sollte das Prinzip gelten, dass Gremien, Fraktionen usw. eine Eigenverantwortung für die eigene Reproduktion haben. Dieser Prozess kann nicht erst bei bevorstehenden Wahlen begonnen werden.

Ein kurzfristiger Schwerpunkt ist die Gewinnung qualifizierter KandidatInnen für die Stadt- und Gemeinderatswahlen 2009. Bisher sind die „Lücken“ bei der Besetzung kommunaler Mandate noch übersichtlich. Eine starke Linke benötigt zukünftig aber deutlich mehr und qualifizierte KandidatInnen auf allen Ebenen.

4. Kommunikation und Öffentlichkeit

Unsere Kommunikation nach innen wie nach außen konnte weiter professionalisiert werden.

Hierbei seien insbesondere der Internetauftritt des Landesverbandes und einer großen Zahl der Kreisverbände, der Newsletter des Landesverbandes sowie das Landesmagazin „Klartext“ genannt. Auch bei der inneren Kommunikation können wir durchaus Fortschritte konstatieren. Der Landesvorstand und das Landeswahl-

büro nutzen schon länger die Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation zur schnellen Anbindung der Kreisverbände (Sofortinfos, Rundmails). Damit schaffen wir Transparenz über Planung, Entscheidungsfindung und Beschlüsse und informieren über die Arbeit der Linken.

Eine positive Kommunikation des Erreichten sowie des Notwendigen ist dazu genauso notwendig wie eine kritische Begleitung von Entscheidungen. Nicht jeder Beschluss ist bequem, aber manchmal müssen auch unbequeme Dinge umgesetzt werden.

Weitere Anstrengungen müssen unbedingt unternommen werden beim Zusammenwachsen der neuen Kreisverbände. Hier zeigen sich sehr deutlich Informations- und Kommunikationsverluste, da nach wie vor in den Altkreisstrukturen gedacht wird und die Neukreisbildung als Begründung angegeben wird, dass es keine Zusammenarbeit gibt.

Mit den Kreis- und Regionaltouren des Landesvorstandes hat der Landesvorstand versucht, Kommunikationsprobleme vor Ort anzugehen. Dabei hat sich gezeigt, dass es offenbar Informationsdefizite an der Basis gibt, die es auszuräumen gilt. Hinzu kam die Möglichkeit, aktuelle Probleme der Landes- und Bundespolitik direkt mit Vertretern der Basisorganisationen und kommunalen Mandatsträgern zu diskutieren. Dieser erfolgreiche Weg soll fortgeschrieben werden, themenbezogene Regionaltouren und eine Kreistour pro Jahr sollen zu den Standardaufgaben des Landesvorstandes gehören.

Erscheinungsbild

Die Durchsetzung eines einheitlichen Erscheinungsbildes der Partei DIE LINKE auch außerhalb von Wahlkämpfen bleibt auch in unserem Landeverband eine zentrale Aufgabe. Die Wahlkämpfe in den Jahren 2007 und 2008 haben gezeigt, dass es eben nicht nur eine Frage des persönlichen Geschmacks ist, wie wir uns öffentlich präsentieren. Auch im Erscheinungsbild müssen wir die neue Qualität der Partei DIE LINKE präsentieren. Das Büro für Öffentlichkeitsarbeit und das Landeswahlbüro werden aufgefordert, in konstruktiver Zusammenarbeit mit den Kreisen das einheitliche Erscheinungsbild konsequent umzusetzen. In Zusammenarbeit mit den Partnern auf Bundesebene, im Land und in den Kreisen ist ein einheitliches Erscheinungsbild auf allen Ebenen zu realisieren.

Internet und Kommunikation

Mit der Einführung eines CMS-basierten Webauftritts haben die Internetpräsentationen des Landesverbandes und der beteiligten Kreisverbände deutlich gewonnen. Das Herangehen des Büros für Öffentlichkeitsarbeit, eine effektive Struktur der Internetpräsentation durch höhere Effizienz und in Verbindung von Haupt- und Ehrenamt zu schaffen, ist beispielgebend für andere Bereiche der öffentlichen Kommunikation. Auf dieser Basis ist eine langfristige Internetarbeit

gestaltbar. Es gilt jetzt, die Vernetzung der Bereiche des Landes und der Kreise auszubauen und die Arbeitsstrukturen zu verstetigen.

Vernetzung

Kommunikations- und Informationswege im Landesverband sind oft noch wenig effizient. Es liegt in der Verantwortung des Landesvorstandes und der Kreisvorstände, geeignete vernetzte Informationsstrukturen weiterzuentwickeln. Dazu gehört neben einem sinnvollen System von Beratungen und Konferenzen auch ein sicheres Netz elektronischer und verbaler Kommunikation. Das Intranet der Bundespartei kann dabei eine Hilfe sein, letzten Endes bestimmen aber die Kreisverbände selbst, wie schnell und wie gut wichtige Informationen und Debatten kommuniziert werden. Die Erfahrungen einer Vernetzung der Ebenen sind dazu auszubauen und an die veränderten Arbeitstrukturen im Landesverband anzupassen.

5. Aufgabenbezogene Strukturen

Die wachsende gesellschaftliche Akzeptanz der Partei DIE LINKE stellt für uns eine neue Herausforderung dar. Das heißt auch, dass wir unsere Strukturen an den neuen Aufgaben orientieren müssen.

Regionalisierung

Das Konzept der Regionalisierung und deren Umsetzung war und ist ein Erfolgsmodell. Es ist uns gelungen, die Aktions- und Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes über die letzten Jahre annähernd zu halten. Sinkende Ressourcen wurden durch ehrenamtliche Aktivitäten in den Kreisverbänden nahezu kompensiert, was einerseits auf die gewachsene Kraft des Ehrenamtes zurückzuführen ist, andererseits auf die erfolgreiche Arbeit der Mitarbeiter des Landesverbandes in den Regionen. Ohne dieses Zusammenwirken wären die Kampagnen und die Wahlkämpfe in den letzten Jahren nicht gemeistert worden. Ohne diese Verbindung haupt- und ehrenamtlicher Strukturen werden wir die nächsten Wahlkämpfe aber nicht auf dem notwendigen Niveau führen können. Daher müssen wir gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, bis zur Landtagswahl 2011 die Regionalisierung in der bisherigen Form fortzuschreiben.

Sinkende Ressourcen erfordern mittelfristig andere Wege. Im Zusammenhang mit der Landtagswahl 2011 bietet sich ein Neuansatz an, da wir dann ohnehin die flächendeckende Präsenz neu organisieren müssen. Natürlich können wir darüber nachdenken, das bisherige Modell auf zwei oder drei größere Regionen zu übertragen. Das wird uns aber nur über einen überschaubaren Zeitraum tragen, da der beschlossene Weg der sozialen Absicherung der MitarbeiterInnen durch Altersteil-

zeitverträge zu Fehlstellen führt, die nicht durch Neueinstellungen im Landesverband in diesem Bereich kompensiert werden können.

Flächendeckende Präsenz

Unser Konzept der flächendeckenden Präsenz bestand immer neben den Strukturen der Partei selbst aus einem produktiven Miteinander mit den Bürgerbüros der Abgeordneten im Bundestag und im Landtag und, soweit vorhanden, den Möglichkeiten der Stadt- und Kreistagsfraktionen. Das müssen und können wir fortsetzen, wenn wir mit den Kreisverbänden und den Abgeordneten gemeinsame Anstrengungen bündeln.

Einerseits ist es erforderlich, die Arbeit in den Regionalgeschäftsstellen zunehmend ehrenamtlich zu gestalten, bei sinkendem Support durch die Landesebene. Dazu ist es notwendig, das Ehrenamt zu gewinnen und zu qualifizieren, aber eben auch die Arbeitsweise der kleiner werdenden hauptamtlichen Strukturen auf die notwendige Unterstützung der Ehrenamtlichen in den Regionen auszurichten. Auch ab 2011 soll für jede Region ein qualifizierter Ansprechpartner zur Verfügung stehen, auch wenn die Arbeit mit der Region nicht mehr seine Schwerpunktaufgabe sein wird.

Andererseits erfordert die flächendeckende Präsenz ein konstruktives Miteinander mit den Mandatsträgern auf Landes- und Bundesebene. Wir erwarten von ihnen, dass sie auch nach der Wahl bereit sind, eine regionale Ausgewogenheit der Verteilung der Bürgerbüros zu unterstützen. Natürlich ist eine Bindung an direkt gewonnene Wahlkreise zu beachten. Die Landeslisten werden aber von der gesamten Partei bestimmt, insofern haben wir auch das Recht zu hinterfragen, wie sich jeder Einzelne in die Interessen des gesamten Landesverbandes einbringt. Der Landesvorstand hat die Aufgabe, nach den Wahlen auf Landes- und Bundesebene notwendige Bedingungen für die flächendeckende Präsenz zu formulieren und umzusetzen. Bürgerbüros der Abgeordneten werden dabei zunehmend eine bedeutendere Rolle bei der regionalen Ansprechbarkeit der Partei DIE LINKE spielen, sie können aber nicht die Aufgaben der Strukturen der Partei übernehmen.

Landesgeschäftsstelle

Knapper werdende Ressourcen müssen wir konzentriert einsetzen. Das erfordert eine klare Definition der Kernaufgaben, ohne sie allerdings sofort personell untersetzen zu müssen. Dabei haben wir die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Erfordernisse der Parteientwicklung zu beachten. Wir müssen mittel- und langfristig die Bereiche

- Office, Dokumentation, Archiv,
- Finanzen und Buchhaltung,
- Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit und
- Mitgliederarbeit einschließlich politischer Bildung

neben der Koordinierungsfunktion in den Regionen als die zentralen Pflichtaufgaben besetzen. Natürlich sind eine Reihe zusätzlicher Aufgaben vorstellbar und wünschenswert, eine mögliche Realisierung wird aber durch die verfügbaren Ressourcen bestimmt.

Die Landesgeschäftsstelle unterstützt inhaltlich und organisatorisch die Arbeit des Landesvorstandes und des Landesausschusses. Weiterhin leistet sie Dienste für die Landesschiedskommission, die Landesfinanzrevisionskommission, den Landesfinanzrat sowie die landesweiten Zusammenschlüsse.

Personal

2011 steht die gesamte Personalstruktur zur Disposition, nicht aber das Personal selbst. Der notwendige Personalabbau erfolgt sozial abgesichert durch die Umsetzung der abgeschlossenen Altersteilzeitverträge. Die Umstrukturierung wird bei laufendem Betrieb erfolgen, da der Zeitraum des Übergangs in die verdiente Freizeitphase von 2009 bis 2012 gestreckt ist. Dazu ist es erforderlich, sowohl für den Ist-Zustand als auch für die zukünftige Struktur eine umfassende Analyse der Tätigkeiten einschließlich Wegen zu einer höheren Effizienz vorzunehmen. Die MitarbeiterInnen des Landesverbandes bringen sich bereits jetzt aktiv in diesem Prozess ein.

Wir gehen davon aus, dass auch zukünftig alle Aufgaben des Landesverbandes mit dem dann vorhandenen Personal gelöst werden müssen, Neueinstellungen kann es, wenn überhaupt, nur als Ausnahme geben. Daher bedarf es neben der klaren Aufgabenbeschreibung einer umfassenden Vorbereitung und Qualifizierung der MitarbeiterInnen für neue Aufgaben.

Wohl wissend um die Bedeutung des Personals für die Aktions- und Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes und um die soziale Verantwortung für unsere MitarbeiterInnen sollten wir auch weiterhin jede Möglichkeit nutzen, um betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen. Das erfordert insbesondere in den Jahren 2009 und 2010 eine besondere Solidarität der Kreisverbände, um die Regionalisierung in der bisherigen Form bis 2011 aufrecht erhalten zu können.

Der Landesvorstand wird beauftragt, die funktionalen Aufgabenbereiche bei Beibehaltung der Kompatibilität zur Bundespartei und den anderen Landesverbänden sowie unter Berücksichtigung spezifischer Aufgaben durch eine geeignete Personalstruktur abzusichern. Dabei muss gleichzeitig geprüft werden, inwieweit auf bestimmte Aufgaben verzichtet werden kann bzw. durch welche Maßnahmen eine weitere Reduzierung der Verwaltungsarbeit möglich wird.

6. Finanzierung des Landesverbandes

Die innerparteiliche Finanzarbeit im gesamten Landesverband und allen seinen Gliederungen ist konsequent auf Eigenfinanzierung zu orientieren.

Finanzierungsquellen sind Mitgliedsbeiträge, Mandatsträgerbeiträge, Spenden und die staatlichen Mittel.

Die Wahlkämpfe auf Europa-, Landes- und Bundesebene werden ausschließlich aus den staatlichen Mitteln finanziert, die im zentralen Wahlkampffonds beim Parteivorstand angespart werden. Der Kommunalwahlkampf wird zukünftig ausschließlich aus dem Kommunalwahlfonds finanziert. Zusätzliche Ausgaben sind nur dann möglich, wenn sie durch die vorherige Bildung von Rücklagen auf der entsprechenden Ebene gesichert sind. Daher sind die Möglichkeiten der Bildung von Rücklagen aus Einsparungen und des Kommunalwahlfonds auszunutzen und zu stärken. Der Kommunalwahlfonds wird durch den Landesvorstand, vertreten durch die Landesschatzmeisterin/den Landesschatzmeister, verwaltet. Er dient ausdrücklich nur zur Finanzierung der Kommunalwahlen. Im Übrigen gilt der Beschluss der 1. Tagung des 6. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt im September 1999 unverändert. Die Kreisverbände, die sich bisher nicht am Kommunalwahlfonds beteiligen, werden durch den Parteitag aufgefordert, ihre Haltung zu korrigieren.

Der Landesverband trägt, vertreten durch die Landesschatzmeisterin/den Landesschatzmeister, die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit von Rechnungslegung und Buchführung sowie Abschlüssen im gesamten Landesverband. Die Kreisvorstände tragen die Verantwortung für den Nachweis der Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Buchhaltungsrichtlinie in ihrem Verantwortungsbereich.

Der Landesverband als wirtschaftliches Unternehmen muss kurz- und mittelfristig über Finanzierungssicherheit verfügen. Basis der Finanzplanungen sind die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Mandatsträgerbeiträgen. Daher ist es unerlässlich, mit mehr Konsequenz die Beitragskassierung entsprechend Satzung und Beitragsrichtlinie einzufordern.

Wir können höhere Beiträge erreichen!

Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt uns, wie schwer und mühselig es ist, einen Beitrag gemäß der Beitragsordnung einzufordern. Auch differenzierte Bemühungen und Ergebnisse in den Kreisen sollten uns ermuntern, aktiv um Beiträge zu werben. Dazu ist es notwendig, in den Kreisen die Situation zu analysieren und konkrete Zielstellungen zu formulieren. Wir brauchen im Landesverband Sachsen-Anhalt (und in der gesamten Partei DIE LINKE) eine Debatte zur Beitragszahlung. Und diese im Zusammenhang mit der Debatte, wie viel jedem einzelnen Mitglied die Partei wert ist. Aber diese Diskussion können wir nicht nur einzelnen Mitgliedern überlassen. Auch wenn es unbequem ist, viele sollten dieses Gespräch suchen. Die Hauptverantwortung für diesen Prozess tragen die Vorstände auf allen Ebenen.

Beitragssteigerungen sind möglich, das zeigen nicht nur die Reaktionen auf die Briefe mit der Übergabe der Zuwendungsbescheide, sondern auch die Entwicklung in einigen Kreisverbänden.

Der Bankeinzug sollte als verwaltungsarmes und prüfungssicheres Verfahren für die Beitragszahlung ausschließlich genutzt werden. Auch dazu bedarf es Überzeugungsarbeit. Bis zum Ende 2008 wollen wir 80 % unserer Mitglieder und bis Ende 2009 alle Mitglieder für das Lastschriftverfahren werben. Neueintritte zahlen grundsätzlich ihren Beitrag per Bankeinzug. Über Workshops wurde den Beitragsverantwortlichen angeboten, sich mit Erfahrungen und Argumenten auszustatten, um im Gespräch zu überzeugen.

Spenden und Mandatsträgerbeiträge tragen wesentlich zum finanziellen Spielraum für die politische Arbeit im und des Landesverbandes bei. Auch hier ist ein Zuwachs möglich. Wege dahin sind:

- der Abschluss von Vereinbarungen mit Spendern, ob Mitglied oder auch nicht, als sichere Finanzierungsquellen für die politische Arbeit, insbesondere auch den Kommunalwahlfonds,
- die Orientierung auf Spenden von außen, insbesondere auch von juristischen Personen und
- die Nutzung von Aktionen und politischen Höhepunkten zur gezielten Einwerbung zusätzlicher projektbezogener Spenden.

7. Wahlkämpfe und ihre Finanzierung

Die Wahlkämpfe in den nächsten Jahren werden durch hohe Erwartungen an unsere Partei bestimmt. Um aber die derzeit in den Umfragen gehandelten Ergebnisse auch tatsächlich zu erreichen, ist eine hohe Mobilisierung in professionell gestalteten Wahlkampagnen erforderlich. Dem entgegen stehen aber die sinkende Kampagnenfähigkeit im Landesverband und abnehmende personelle und finanzielle Ressourcen. Daher ist es notwendig, die Wahlen 2009 (Europawahl, Bundestagswahl, Kommunalwahl) und 2011 (Landtagswahl) kontinuierlich und langfristig vorzubereiten. Synergie in Kampagnen und bei der Verwendung der finanziellen Mittel macht auch für die Wahlen auf kommunaler Ebene eine zentrale Koordination durch das Landeswahlbüro erforderlich. Die langfristige Einbeziehung der Kreisverbände in die Planung und Umsetzung der Kampagnen soll zu einem stärkeren Miteinander führen. Eine höhere Verbindlichkeit von Absprachen ist dazu eine notwendige Voraussetzung. Miteinander heißt aber auch, Eigenständigkeit der Umsetzung eines einheitlichen Erscheinungsbildes in den Kreisen je nach regionalen Möglichkeiten zu fördern.

Mit dem Beschluss der 1. Tagung des 6. Landesparteitags der PDS zur Einführung eines Kommunalwahlfonds haben wir langfristig eine solide Grundlage für die

Finanzierung von Kommunalwahlen gelegt. Leider wurde er im Landesverband nicht konsequent umgesetzt. Grundsätzlich stehen wir dafür, dass auf unseren Listen jeder unabhängig von seiner persönlichen finanziellen Situation kandidieren kann. Um das sicherzustellen, bedarf es einer konsequenteren Arbeit mit dem Kommunalwahlfonds. Kreise mit guten Erfahrungen sollten diese an andere weitergeben. Aber auch hier gilt das Prinzip, dass die MandatsträgerInnen auf allen Ebenen auch für ihre Zukunft Verantwortung tragen. Dazu gehört neben dem Personal eben auch das Ansparen von Mitteln für zukünftige Wahlkämpfe.

Die nächsten Jahre werden für den Landesverband nicht leicht, wir sind aber zum Erfolg verpflichtet. Und wir können die hohen Ziele erreichen, in einem solidari-schen Miteinander. Der gemeinsame Erfolg wird uns stark machen.

Dieser Beschluss schreibt folgende Parteitagebeschlüsse fort:

- Beschluss der 1. Tagung des 9. Landesparteitags der PDS zum „Konzept für eine finanzierbare Struktur bis 2010“
- Grundsätze zur Finanzarbeit im PDS-Landesverband Sachsen-Anhalt ab dem Finanzjahr 2001 (Beschluss der 2. Tagung des 6. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt)
- Beschluss der 1. Tagung des 6. Landesparteitags der PDS zur Einrichtung eines Kommunalwahlfonds